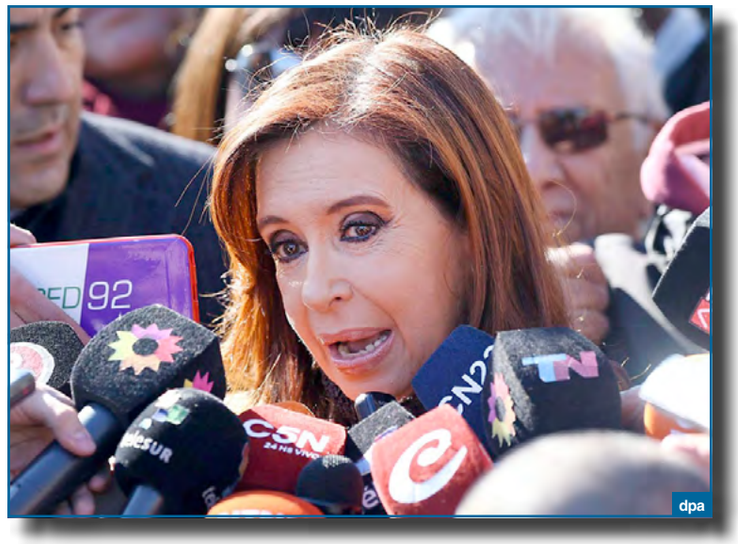
Argentinisches Tageblatt
Seit 1889
www.tageblatt.com.ar • @ATdeBuenosAires
Freitag, 17. August 2018 129. Jahrgang Nr. 32.202

CFK erneut vor Gericht

Aussagen des Ex-Regierungsbeamten Uberti belasten Cristina

Buenos Aires (AT/mc) - Für Cristina Fernández de Kirchner ist es nichts Neues. Schon mehrfach wurde die einstige Präsidentin vor das Bundesgericht Comodoro Py im Buenos-Aires-Stadtteil Retiro geladen, um Stellung zu nehmen in verschiedenen Verfahren, die gegen sie anhängig sind.



Cristina Kirchner steht derzeit unter Druck.

Am Montagmorgen folgte Kirchner nun einer Vorladung von Bundesrichter Claudio Bonadio, der gegen die ehemalige Staatschefin im Zusammenhang mit den jüngst bekannt gewordenen Aufzeichnungen des Chauffeurs Óscar Centeno ermittelt. Die Hefte des Fahrers von Ex-Staatssekretär Roberto Baratta dokumentieren nach Ansicht der Staatsanwaltschaft Schmiergeldzahlungen für öffentliche Bauaufträge in Höhe von 160 Millionen Dollar. Die Spur führt dabei auch zur Stadtwohnung der Kirchners in Recoleta (wir berichteten).

Die Ex-Präsidentin, die derzeit Senatorin ist, hatte diesmal ihre Anhänger gebeten, keine Demo vor dem Gericht zu veranstalten. Begleitet nur von wenigen Getreuen betrat sie um 9.40 Uhr das Gebäude und begab sich grußlos in den Gerichtssaal. Die Politikerin, die für ihre temperamentvollen, oft auch langen und detailreichen Reden bekannt ist, verzichtete auf eine mündliche Stellungnahme zu den Punkten, die ihr zur Last gelegt werden. Stattdessen gab sie drei schriftliche Erklärungen ab.

Darin beklagt sich Kirchner über „mehrfache juristische Verfolgung“, der sie ausgesetzt sei, seit Mauricio Macri im Dezember 2015 das Präsidentenamt übernommen hat. Des Weiteren forderte sie, das Verfahren gegen sie für nichtig zu erklären sowie Richter Bonadio und Staatsanwalt Carlos Stornelli von dem Fall zu entbinden, da diese parteilich seien. Zudem verlangte sie, dass ihr Amtsnachfolger im Präsidentenamt als Zeuge vor Gericht geladen werde. Schließlich sei auch Macris Cousin, der Bauunternehmer Ángelo Calcaterra, in den Korruptionsskandal verwickelt.

Weiterlesen

Inhalt

Klicken Sie bitte auf den Titel des gewünschten Artikels oder die gewünschte Rubrik

Argentinien
Die Woche in Argentinien 3

Meinung
Kommunismus in Argentinien 4
Im Blickfeld: Rassismus im Alltag 5
Randglossen 6

Wirtschaft
Sparmaßnahmen bei Exportsteuern und Rückvergütungen 7
Argentinien 8
Lateinamerika 10
Geschäftsnachrichten 11

Wirtschaftsübersicht
Die schwarzen Schmiergeldzahlungen der Unternehmer 12
Das Problem der Lebac-Wechsel der ZB 15

Kirchner bezeichnete es als „absurd“, dass man ihren 2010 verstorbenen Mann Néstor Kirchner für ein System von Kartellbildung bei öffentlichen Aufträgen verantwortlich mache in einem Land, das nun von Mauricio Macri, dem Sohn des Bauunternehmers Franco Macri und Cousin des erwähnten Calcaterras, regiert werde.

Die Verteidigung Cristinas forderte zudem, dass Hinweisen nachgegangen werde, ob Staatsanwalt Stornelli bei Macri in dessen Residenz in Olivos gewesen sei. Die Staatsanwaltschaft verneint dies. Kirchner bezeichnete Bonadio als „feindlichen Richter“, der einen neuen Fall gegen sie konstruiere, um zu belegen, dass die Ex-Präsidentin eine kriminelle Vereinigung geführt habe.

Bonadio hat beim Senat beantragt, Cristinas Wohnungen in Recoleta, Río Gallegos und El Calafate zu durchsuchen. Die dafür am Mittwoch angesetzte Sitzung kam indes nicht zustande, da die für die Beschlussfähigkeit nötige Mindestzahl von Senatoren nicht erreicht wurde. Für nächsten Mittwoch hat Senatspräsidentin Gabriela Michetti nun eine neue Sitzung anberaumt.

In Recoleta besitzt Kirchner ein Appartement im fünften Stock an der Ecke der Straßen Juncal und Uruguay. In den Stockwerken 1 und 4 desselben Gebäudes kam es bereits am Montag zu einer Hausdurchsuchung der Bundespolizei. Sie galt indes den Appartements von Osvaldo De Sousa, dem Bruder von Fabián De Sousa, der wiederum ein Geschäftspartner des Unternehmers Cristóbal López ist. Die beiden Letztgenannten sitzen derzeit wegen anderer Verfahren in Untersuchungshaft. Die Durchsuchung wurde angeordnet im Zusammenhang mit dem beschriebenen Korruptionsskandal.

Die Situation für Cristina dürfte hier noch komplizierter werden nach den Aussagen, die der einstige Regierungsfunktionär Claudio Uberti am Dienstag machte. Der ehemalige Leiter der Kontrollbehörde für Straßenkonzessionen gab gegenüber Staatsanwalt Stornelli zu Protokoll, dass er zwischen 2003 und 2007 regelmäßig Säcke mit Geld beim damaligen Präsidenten Néstor Kirchner ablieferte - in der Casa Rosada oder in der Präsidentenresidenz in Olivos. Es habe sich um die Einnahmen gehandelt, die er für die Straßenkonzessionen kassiert habe, so Uberti. Er erklärte, dass Cristina öfters bei der Geldübergabe anwesend gewesen sei. Er habe auf Weisung des damaligen Infrastrukturministers Julio De Vido gehandelt.

Zurück zum Inhalt | Zum nächsten Artikel

IMPRESSUM

Argentinisches Tageblatt

- Verlag und Verwaltung: Ciudad de La Paz 1410, C 1426 AHB Buenos Aires
- Telefon/Fax: (5411) 4782-5104 / 4785-0227 / 4780-4353
- Internet: www.tageblatt.com.ar
- E-Mail: info@tageblatt.com.ar, atda@tageblatt.com.ar (Digitale Ausgabe), vereine@fibertel.com.ar (Gemeinschaften), atpublicidad@fibertel.com.ar (Anzeigenabteilung), atsuscripciones@fibertel.com.ar (Abonnements)

Folgen Sie uns auf Twitter! @ATdeBuenosAires

Redacción y Administración: Ciudad de La Paz 1410 - C 1426 AHB, Buenos Aires

Propiedad de: ALEMANN S.R.L.

Director: Dr. Roberto T. Alemann

Reg. Nacional de la Propiedad Intelectual: Nº 5.346.916

„...mit echtem Freisinn und unerschütterlicher Überzeugungstreue die Deutschsprechenden im Lande den Weg des Fortschritts und der Freiheitsliebe zu führen“
Argentinisches Tageblatt, Nr. 1 (29. April 1889)

Medienpreis *Dialog für Deutschland 2012*

Swiss Award 2013

Die Woche in Argentinien

Mehr Verhütungsmittel

Nach der Senatsentscheidung der Vorwoche steht fest: Schwangerschaftsabbrüche bleiben in Argentinien vorerst weiter illegal. Die Reaktion von Präsident Mauricio Macri ließ nicht lange auf sich warten. Wenige Stunden nach der Abstimmung kündigte der Staatschef von Mendoza aus an, die Versorgung der Bevölkerung mit kostenlosen Verhütungsmitteln auszuweiten. Dazu gehören vor allem Antibabypillen, aber auch injizierbare Kontrazeptiva und Verhütungsstäbchen. Schwerpunkte der Verteilung sollen vor allem Armenviertel sein, wo Schwangerschaften Minderjähriger in größerer Zahl auftreten. Des Weiteren soll die sexuelle Aufklärung ausgeweitet werden. Nach Schätzungen des Gesundheitsministeriums werden derzeit jährlich über 350.000 illegale Abtreibungen durchgeführt. Rund 50.000 Frauen müssen pro Jahr wegen gesundheitlicher Komplikationen nach diesen Eingriffen in Krankenhäuser eingeliefert werden.

Festnahme nach Explosion

Zwei Menschen starben, als sich Anfang des Monats eine verheerende Gasexplosion an der Grundschule Nr. 49 „Nicolás Avellaneda“ in Moreno ereignete. Am Montag wurde nun der verantwortliche Gasinstallateur verhaftet, der die Schule am Tag zuvor inspiziert hatte. Dem Mann wird fahrlässige Tötung in besonders schwerem Fall vorgeworfen. Er soll es nach Einschätzung von Experten versäumt haben, den Generalgashahn abzustellen. So sei Gas freigeworden, das zur Explosion führte. Das Unglück passierte wenige Minuten vor dem Eintreffen der Kinder am ersten Schultag nach den Winterferien. Ums Leben kamen die stellvertretende Schulleiterin (48) sowie der Hausmeister (45). Der Betrieb an der betroffenen Schule wurde ausgesetzt. Heute will die Schulleiterkonferenz des Bezirks Moreno darüber befinden, ob der Unterricht an Schule Nr. 49 wieder beginnen kann.

Kokain in Schutzweste

Ungewöhnlicher Fund auf einer Polizeiwache: In einer kugelsicheren Weste entdeckten Inspektoren des Sicherheitsministeriums 160 Päckchen Kokain, als sie dem Drogendezernat in La Matanza vor wenigen Tagen einen überraschenden Kontrollbesuch abstatteten. Wem die Weste gehört und woher die Drogen stammen, ist derzeit Gegenstand der Ermittlungen. Gleichwohl wurden der Leiter der betroffenen Einheit sowie drei weitere Polizisten vorerst vom Dienst suspendiert. Dies sei aufgrund ihrer „allgemeinen Verantwortung und wegen Unregelmäßigkeiten in den Dienstbüchern erfolgt“, wie die Zeitung „Clarín“ unter Berufung auf nicht näher bezeichnete Quellen der Dienstaufsichtsbehörde berichtet. Da das Kokain in kleine Päckchen aufgeteilt gefunden wurde, untersuchen die Ermittler, ob die Polizisten es bei einer Durchsuchungsaktion haben mitgehen lassen. Offen ist auch, ob sie mit den Drogen Handel treiben oder sie Verdächtigen unterschieben wollten, um diese zu erpressen.

Buenos Aires vorne

Buenos Aires ist in Lateinamerika die Stadt, in der es sich am besten leben lässt. Zu diesem Schluss kommt zumindest das englische Magazin „The Economist“, das jedes Jahr eine vielbeachtete Studie von weltweit 140 Städten anstellt. Im Vergleich mit anderen Metropolen der Region erreichte die argentinische Hauptstadt Bestwerte auf den Felder Bildung, Kultur und Umwelt und verwies somit Santiago de Chile, Montevideo und San Juan (Puerto Rico) auf die weiteren Plätze. Im Weltvergleich belegt Buenos Aires Platz 61 - eine Position besser als im Vorjahr. Gesamtsieger wurde Wien.

Anwesenheitsprämien

In der Verwaltung der Nation scheinen Fehltage keine Seltenheit zu sein. Dies zeigen Zahlen, die Modernisierungsminister Andrés Ibarra jetzt veröffentlichte. Demnach war von Februar bis Mai dieses Jahres festzustellen, dass nur jeder Fünfte Beamte an keinem einzigen Tag, an dem er für Dienst eingeteilt war, fehlte. In absoluten Zahlen ausgedrückt: Von den 200.000 Beamten der Nation erhielten nun nur 40.000 die volle Bonuszahlung von 5200 Pesos (1300 pro Monat), die für eine tadellose Anwesenheitsquote fällig wird. Weitere 40.000 Beamte kassierten immerhin noch abgestufte Anwesenheitsprämien. Für diejenigen, die pro Monat bis zu vier Tage entschuldigt fehlten, gab es monatlich 910 Pesos. Für Beamte, die in der gleichen Zeit an bis zu acht Tagen entschuldigt nicht arbeiten konnten, gab es noch 520 Pesos pro Monat. Diejenigen, die ihr Fehlen nicht rechtfertigen konnten, mussten indes Gehaltskürzungen von 1100 Pesos für jeden unentschuldigten Tag hinnehmen. Ibarra betonte, für das Funktionieren einer effizienten Verwaltung sei es unerlässlich, dass die Mitarbeiter anwesend sind.

(AT/mc)

Zurück zum Inhalt Zum nächsten Artikel

Kommunismus in Argentinien

Von Juan E. Alemann

Seit die Sowjetunion zusammengebrochen ist, vor bald 20 Jahren, und China sanft auf den Kapitalismus übergegangen ist, verbleiben nur noch Nordkorea und Kuba als Länder mit einem kommunistischen Wirtschaftssystem, und beide können dabei gewiss keinen Erfolg aufweisen. Kuba, das für lateinamerikanische Kommunisten das Vorbild war, ist ein verarmtes Land, in dem seit einigen Jahren mühsam und ohne Erfolg die Einführung einer beschränkten Marktwirtschaft versucht wird.

Für die kommunistischen Parteien auf der Welt stellte der Zusammenbruch der Sowjetunion ein schwieriges ideologisches Problem, weil dies nicht auf äußere Einflüsse und Machenschaften böser multinationaler Körperschaften und kapitalistischer Großmächte zurückzuführen war, sondern sich um eine Implosion handelte, die von Innen kam. Das System hatte einfach nicht funktioniert, und die Bevölkerung war enttäuscht, weil der Himmel auf Erden, den der Kommunismus versprochen hatte, nicht kam, während es der Bevölkerung in den kapitalistischen Staaten immer besser ging. Der Vergleich zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der kommunistischen Deutschen Demokratischen Republik, sprach Bände. Da es in der heutigen Welt kaum möglich ist zu verhindern, dass die Bevölkerung sich über die Zustände in anderen Orten der Welt unterrichtet, ließ sich die kommunistische Ordnung nicht mehr aufrecht erhalten.

In Argentinien gibt es auch eine kommunistische Partei, die sich jedoch schweigsam verhält und kaum öffentlich auftritt. Diese Partei war von der Sowjetunion abhängig, weshalb sie unter der Militärregierung angewiesen wurde, sich ruhig zu verhalten, da die Sowjetunion aus realpolitischen Gründen beste Beziehungen zu Argentinien pflegte. Die Sowjetunion importierte damals Weizen in großen Mengen, und Argentinien war ein zuverlässiger großer Lieferant. Und für Argentinien handelte es sich dabei um den besten Kunden, nachdem damals Weizen schwer zu verkaufen war. Heute ist es anders: einige Staaten der ehemaligen Sowjetunion exportieren Weizen, und China, Vietnam, Indien u.a. Staaten des fernen Orients kaufen Weizen in großen Mengen. Zur Zeit der Militärs, wenn ein junger Mann festgenommen und in die ESMA eingeliefert wurde, zeigte er dort seinen Ausweis als Mitglied der kommunistischen Partei und wurde sofort wieder freigelassen. Die Sowjetunion hat die Militärs auch beim Malwinenkrieg unterstützt.

Allein, der Kommunismus mit seinem idealistischen Inhalt einer gerechten und geordneten Gesellschaft, lebt weiter, auch in Argentinien. Er kommt jetzt unter unzähligen Bezeichnungen zum Ausdruck: Partido Obrero, Frente de Izquierda, Corriente Clasista y Combativa, Movimiento Evita, Barrios de Pié, u.a. Von diesen Gruppen sind viele nicht viel mehr als ein “Gummistempel”, wie sie Perón bezeichnete. Bei Wahlen haben alle stets sehr bescheidene Ergebnisse. Aber sie verstehen es, mit großen Straßenkundgebungen die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen und dabei den Anschein zu erwecken, dass sie für das Volk repräsentativ seien.

Diese kommunistischen Gruppen treten meistens mit der kirchneristischen Stoßgruppe La Cámpora auf. Der Kirchnerismus, der politisch im “Frente para la Victoria” und ab August 2015 in der Partei “Unidad Ciudadana”, auftritt, ist als solcher nicht kommunistisch, was bei der schwerreichen Cristina Kirchner und den vielen ebenfalls reichen Kumpanen auch ein Widersinn wäre. Aber er hat eine historische Beziehung zum Kommunismus über die Terroristengruppen Montoneros und ERP, die ideologisch kommunistisch waren und denen die Kirchners in ihrer Jugend nahe standen, von denen viele Mitglieder bei ihrer Regierung mitmachten und heute politisch aktiv sind.

Zurück zum Inhalt Zum nächsten Artikel

Im Blickfeld

Rassismus im Alltag

Von Christine Cornelius

Berlin - Ein Laufrad liegt im Bus mitten im Gang. Böse Blicke einer älteren Frau treffen eine junge Mutter mit zwei Kleinkindern. Die entschuldigt sich wortreich - mit deutlich osteuropäischem Akzent. „Typisch“, sagt die Seniorin zu ihrer Sitznachbarin: „Die klauen ja auch alle.“ Die Szene spielt sich im gutbürgerlichen Berlin-Zehlendorf ab. Einer von vielen Fällen von Alltagsrassismus, die sich Tag für Tag ereignen. Einige von ihnen werden derzeit sichtbar durch die #MeTwo-Bewegung im Netz. Ist es nur ein Gefühl, oder werden Szenen wie diese häufiger, werden die Protagonisten selbstbewusster, die Pöbeleien lauter und salonfähiger?

„Der Diskurs über ethnische, religiöse und kulturelle Vielfalt wird erheblich rauer“, sagt Politikwissenschaftler Claus Leggewie von der Uni Gießen. „Extreme Positionen, die in den Rassismus hineinragen und die immer vorhanden, aber lange tabu waren, sind durch die Pegida-AfD-Allianz und durch das unentschiedene Regierungshandeln gesellschaftsfähig geworden.“ Viele Liberale knicken aus Leggewies Sicht ein und springen über das Stöckchen, das ihnen von Rechtsaußen hingehalten wird. „Zum Glück meldet sich in #MeTwo auch die Seite der von Rassismus Betroffenen. Das sollte diejenigen stärken, die sich schon immer für eine multikulturelle Demokratie eingesetzt haben.“

Der Autor und Aktivist Ali Can hatte die Twitter-Aktion „MeTwo“ gegen Alltagsrassismus ins Leben gerufen. Anlass ist die Rassismusdebatte, die Fußballstar Mesut Özil mit seinem Rücktritt aus der deutschen Nationalmannschaft ausgelöst hat. Er hatte seinen Schritt auch mit Rassismuserfahrungen begründet.

Es sind Alltagssituationen, eine Art Grundrauschen in der deutschen Gesellschaft. Auch ohne Hashtag fallen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund auf Anhieb Beispiele ein: Der Busfahrer, der sich die Tickets beim Einsteigen nie genau anschaut - und dann plötzlich einen arabisch aussehenden Mann zurückpfeift und die Fahrkarte noch einmal ganz gewissenhaft studiert. Der Postbote, der sich über seine geringe Bezahlung beschwert und im selben Atemzug sagt: „Klar, geht ja auch alles an die Flüchtlinge.“ Die Frau hinterm Postschalter, die sich über chinesische Studenten beschwert, die ihre Adresse nicht aussprechen könnten. „Die wollen ja auch gar nicht.“

All die alltagsrassistischen Äußerungen seien zwar nichts Neues, sagt Erziehungswissenschaftlerin Astrid Messerschmidt von der Bergischen Universität Wuppertal. „Aber sie finden einen neuen Ausdruck, und zwar deshalb, weil die Nachkommen der Einwanderer selbstbewusster geworden und einige gesellschaftlich aufgestiegen sind. Dagegen äußert sich Abwehr seitens derer, die um den Verlust ihrer Privilegien fürchten.“

Etwa 30 Prozent der Bevölkerung sind der Wissenschaftlerin zufolge von dieser Art ausgrenzender Sprache ansprechbar - und sie fühlten sich in dem aktuellen gesellschaftlichen Klima ermutigt, sich entsprechend zu äußern. Diese Menschen seien zwar früher auch schon da gewesen - derzeit seien sie aber lauter als in der Vergangenheit. „Der Raum des Sagbaren ist größer geworden“, sagt Messerschmidt. „Das Gefühl, jetzt etwas sagen zu können, das vor 20 Jahren so noch nicht sagbar gewesen wäre, ist stärker geworden.“

Ein Sommerabend in Berlin, ein Konzert in der Spandauer Zitadelle. Sicherheitsleute durchsuchen alle Besucher nach Waffen. Zwei Frauen fangen lautstark an zu zetern. „Sollen die doch lieber die Kanaken durchsuchen und nicht uns Deutsche“, sagt die eine zur anderen. Kurz darauf singt Nena von Liebe und Frieden.

Es dürfe nicht vergessen werden, dass es auch Gegenstimmen gebe und viele sich längst auf die Tatsache der Migrationsgesellschaft eingelassen hätten, sagt Messerschmidt. „Diese Stimmen sind nicht so laut, weil sie keine einfachen Parolen haben - und auch nicht haben können. Es ist eben komplizierter, weil man argumentieren muss.“ In Deutschland sei viel zu spät das Bewusstsein entstanden, dass man in einem Einwanderungsland lebe. „Das Leugnen dieser Tatsache hat viele Probleme verursacht, die wir heute haben. Das halte ich für eine Hauptursache von Alltagsrassismus.“

(dpa)

Zurück zum Inhalt Zum nächsten Artikel

Randglossen

Der ehemalige Bundesrichter Norberto Oyarbide, dessen Rücktritt Macri 2016 angenommen hat, obwohl er verurteilt und abgesetzt hätte werden sollen, hat gegenüber Journalisten offen zugegeben, dass er von der Kirchner-Regierung unter Druck gesetzt wurde. Zu diesem Zweck wurde er von Javier Fernández aufgesucht, der Vertrauensmann der Kirchners, der die Richter anwies, was sie zu tun hatten. Es ging hier konkret um die Klage wegen unrechtmäßiger Bereicherung von Cristina Kirchner, deren eidesstattliche Vermögenserklärung vorne und hinten nicht stimmte. Doch Oyarbide hat sie ohne Expertenprüfung für richtig erklärt und Cristina freigesprochen. Viele angesehene Juristen weisen darauf hin, dass in in einem Fall wie diesem, ein Urteil revidiert werden kann. Das würde den größten Korruptionsskandal der älteren Dame aufdecken.

Bei der Korruptionsproblematik ist mit der Einführung der Möglichkeit, dass ein Angeklagter bei einem Strafprozess seine Tat bereut und durch Angaben über korruptes Verhalten anderer eine Strafmilderung erhält, ein großer Fortschritt erreicht worden, wie es jetzt in zahlreichen Fällen zum Ausdruck kommt. Was noch fehlt, ist die Übertragung des durch Korruptionsmanöver gestohlenen Vermögens auf den Staat. Darüber streiten sich Deputierte und Senatoren, wobei die meisten ein Gesetz wollen, das keine Schlupflöcher enthält. Andere jedoch, wie Cristina Kirchner und ihre Kumpanen, sind anderer Meinung, wohl auch, um eventuell sich selbst zu schützen. Es geht allein bei Cristina um viele hunderte Millionen Dollar, wobei es auf alle Fälle schwierig ist, schwarzes Vermögen in Steuerparadiesen, wie den Seychellen-Inseln, zu erfassen. Dort hat sich Cristina vor einigen Jahren persönlich um die Übertragung eines Kontos ihres verstorbenen Gatten bei einer Zwischenlandung bei einem Flug aus Vietnam gekümmert.

Unasur, die Vereinigung der zwölf südamerikanischen Staaten, die 2011 formell gegründet wurde, befindet sich in einer tiefen Krise, nachdem der neue kolumbianische Präsident, Ivan Duque, den Austritt beschlossen hat, "weil er nicht Komplize der venezolanischen Diktatur sein wolle". Im April dieses Jahres hatten schon Argentinien, Brasilien, Kolumbien, Chile, Paraguay und Peru die provisorische Aufhebung ihrer Beteiligung am Unasur mitgeteilt. Seither konnte auch kein neuer Generalsekretär gewählt werden, nachdem das Mandat von Ernesto Samper, ehemaliger Präsident von Kolumbien, abgelaufen war. Der Konflikt mit dem Unasur besteht vornehmlich im freien Personenverkehr unter den beteiligten Staaten, den der Vertrag festlegt, was sich jetzt für Kolumbien als konfliktiv erweist, nachdem über eine Million Venezolaner nach Kolumbien geflohen sind. Aber auch Argentinien hat ein Problem mit den vielen Einwanderern aus lateinamerikanischen Ländern.

Zurück zum Inhalt | Zum nächsten Artikel

Sparmaßnahmen bei Exportsteuern und Rückvergütungen

Die Regierung hat am Mittwoch drei Maßnahmen getroffen, mit denen sie für dieses Jahr eine Ersparnis von $ 12,5 Mrd. und 2019 eine von $ 53 Mrd. erwartet. Es handelt sich um folgende:

▸ Die vorgesehene schrittweise Abschaffung der Exportzölle auf Sojaöl und -mehl und Biodieselöl wird aufgehoben. Aber bei Sojabohne bleibt das Senkungsprogramm weiter in Kraft, was bedeutet, dass die verarbeitende Industrie die Sojabohne schließlich zum internationalen Preis zahlen wird, aber bei ihren Produkten beim Export einen Abzug erfährt. Bisher war es umgekehrt: die industriellen Produkte, also Speiseöl, Sojamehl und Biodieselöl, hatten einen geringeren Exportzoll als die Sojabohne, so dass der Export vom Zusatzwert gefördert wurde, der durch die Industrie entstand.

▸ Die Subventionen für den Export von Industrieprodukten (benannt Rückvergütungen (weil angeblich die internen Steuern zurückgegeben werden, die auf die Exportprodukte schon gezahlt worden sind) werden um 66% verringert. Das Schatz- und Finanzministerium rechtfertigt dies durch die Verringerung der Scheckssteuer, die in der Steuerreform vorgesehen ist, und auch der provinziellen Steuer auf die Bruttoeinnahmen, zu der sich die Provinzen gegenüber der nationalen Regierung verpflichtet haben. In der Tat ist jedoch auf diesem Gebiet kaum etwas geschehen.

▸ Der solidarische föderale Fonds, der aus dem 2006 geschaffenen Anteil von 30% am Erlös des Exportzolls auf Sojabohne bestand, wird abgeschafft. Dieser Fonds stellte faktisch einen Zusatz zum Betrag dar, den die Provinzen wegen ihrer Beteiligung am Erlös der nationalen Steuern erhalten. Die Provinzstaaten haben jetzt geringere Steuereinnahmen. Doch das Schatzamt weist darauf hin, dass die Verringerung der Rückvergütungen, die direkt vom gesamten Steuererlös abgezogen werden, auch höhere Einnahmen für die Provinzen bedeutet, die die Abschaffung des Fonds etwa ausgleichen.

Zurück zum Inhalt Zum nächsten Artikel

Argentinien

Der Dollarkurs schloss am Mittwoch zu $ 30,71, 8,78% über der Vorwoche und 62,06% über Ende Dezember 2017. Von den Lebac-Wechseln, die am Dienstag verfielen, wurde ein Betrag von $ 130 Mrd. der sich nicht in Händen der Banken befand, nicht erneuert. Davon wurden schätzungsweise $ 30 Mrd. in Dollar angelegt, $ 23 Mrd. in Schatzscheinen (Letes) und ein anderer Teil in Fristdepositen der Banken, wobei um die $ 70 Mrd. noch nicht für Anlagen oder Dollarkäufe eingesetzt wurden. Die ZB opferte Reserven, um einen größeren Kurssprung zu verhindern. Seit der Unterzeichnung des Abkommens mit dem IWF (10.8.18) sind die Reserven schon um über u$s 7 Mrd. gefallen. Die erwartete Wirkung, dass der Markt nicht gegen eine vom IWF gestützte ZB spekuliert, trat nicht ein. Allein am Mittwoch verkaufte die ZB über Ausschreibungen u$s 781 Mio. Die ZB-Reserven lagen am Mittwoch bei u$s 54,84 Mrd., gegen u$s 57,58 Mrd. in der Vorwoche. Der Rofex-Terminkurs lag zum 31.7.2019 bei $ 40,21, was einen Jahreszinsatz von 39,61% zum Ausdruck bringt.

***

Der Merval Aktienindex der Börse von Buenos Aires verzeichnet in einer Woche zum Mittwoch eine Zunahme von 1,25%, liegt jedoch um 10,17% unter Ende Dezember 2017, wobei der Rückgang allein in einem Monat 7,78% betrug.

***

Die argentinischen Staatstitel standen in einer Woche zum Mittwoch unter ausgeprägtem Baissedruck. Die Entwicklung war im Einzelnen wie folgt: Argentina 2019: -1,24%, Argentina 2021: -4,56%; Argentina 2026: -8,72%; Argentina 2046: -1,70%; Bonar 2024: -3,72%.

***

Gold wurde in Buenos Aires (Banco Ciudad) am Mittwoch bei 18 Karat zu $ 662,36 pro Gamm gehandelt (Vorwoche: $ 618,54), und bei 24 Karat zu $ 1.090,90 ($ 1.019,48).

***

Die Geldmenge, gemessen als monetäre Basis (Banknoten im Umlauf plus Bankdepositen bei der ZB) stieg in 12 Monaten zum 13.8.18 um 37,15%, und das monetäre Aggregat M2 (Banknoten im Umlauf plus Giro- und Spardepositen), das sich auf Zahlungsmittel im weiteren Sinn bezieht, nahm um 25,23% zu. Der Jahresrhythmus der monetären Expansion, der in der monetären Basis zum Ausdruck kommt, ist stark gestiegen, nachdem er bis vor einigen Wochen noch um die 25% lag.

***

Die gesamten Pesodepositen der Banken stiegen in 12 Monaten zum 13.8.18 um 46,56% auf $ 2,48 Bio., und die gesamten Pesokredite nahmen in dieser Periode um 43,74% auf $ 1,63 Mrd. zu. Die Dollardepositen nahmen um 1,84% auf u$s 31,78 Mrd. ab, und die Dollarkredite stiegen um 17,95% auf u$s 16,57 Mrd.

***

Der Index der Konsumentenpreise des Statistischen Amtes (INDEC) verzeichnet im Juli eine Zunahme von 3,1%, gegen 3,7% im Juni und 2,1% im Mai. In 7 Monaten 2018 betrug die Zunahme 19,6%, und in 12 Monaten zum Juli 32,2%. Im Juli entfallen die höchsten Zunahmen auf Personentransport (+5,2%), Freizeitausgaben und Kultur (+5,1%) und Lebensmittel und Getränke (+4%) Hier war die Zunahme bei Mehl (+11,2%), Sonnenblumenöl (+9,1%) und Bananen (+8,8%) besonders hoch, was auf die Auswirkung der Abwertung und die Zunahme des Weizenpreises in Dollar zurückzuführen ist. Für ganz 2018 wird jetzt mit einer Zunahme des Indices von 32% bis 35% gerechnet. Das statistische Amt der Stadt Buenos Aires hat die Zunahme ihres Indices der Konsumentenpreise für die Stadt für Juli mit 2,7% angegeben.

***

Bei der in Kürze beginnenden Maisaussaat erwartet die Getreidebörse von Buenos Aires eine Rekordfläche von 5,8 Mio. ha, 7,4% über dem Vorjahr, die sich mit einem Durchschnitt von 4,36 Mio. ha in den vorangehenden 5 Jahren vergleicht.

***

Das Transportministerium hat mitgeteilt, dass die Mindesttarife bei Fernomnibussen abgeschafft werden, so dass jedes Unternehmen niedrigere Tarife festsetzten kann, sowohl allgemein, wie für bestimmte Fälle.

***

Bei der Aufteilung der Hilton-Quote, die sich auf den Export von Rindfleisch mit einem Zollsatz von 20% nach der EU für die Periode 1.7.18-30.6.19 bezieht, erhielt Quickfood, die der brasilianischen BRF gehört, 3.100 Tonnen, gleichviel wie im Vorjahr. Swift, die der brasilianischen Minerva-Gruppe gehört, erhielt 2.410 Tonnen, 408 Tonnen mehr als im Vorjahr. Danach kommt La Anónima mit 2.363 Tonnen, gleich viel wie im Vorjahr. Insgesamt wurde die Quote von 28.355 Tonnen unter 53 Exporteuren aufgeteilt, wobei 1.145 Tonnen reserviert wurden, um sie später zuzuteilen. Das Kriterium der Aufteilung bezieht sich grundsätzlich auf die Exporte innerhalb der Vorjahresquote, ist jedoch im Wesen willkürlich. Diese Quote, bei der der Preis weit über dem liegt, der für normale Exporte nach der EU u.a Bestimmungen gezahlt wird, sollte ausgeschrieben oder versteigert werden. Das ist die einzig rationelle und transparente Lösung, die jedoch auch von der Macri-Regierung nicht einmal als Möglichkeit erwogen wird.

***

In zweieinhalb Jahren zum Juni 2018 ist der Reallohn bei legal Beschäftigten Arbeitnehmern um 8,2% gefallen. Die Löhne nahmen durchschnittlich von $ 15.800,97 um 87,3% auf $ 29.598,12 zu, ergibt sich aus Daten des Arbeitsministeriums. Aber die Inflation betrug laut INDEC in der gleichen Periode 104%, so dass sich ein Lohnverlust von $ 2.634 ergibt.

***

Die Regierung hat per Dekret verfügt, dass sämtliche Amtsverfahren bei der öffentlichen Verwaltung ab 15. August auf digitalem Weg (über Internet) erfolgen. Kein Amt darf eine Vorlegung auf Papier fordern. Staatsunternehmen müssen sich ab 1. Januar 2019 dem System anschließen. Modernisierungsminister Andrés Ibarra erklärte, auf diese Weise würden die Amtsverfahren vereinfacht und beschleunigt. Er sagte, dass sogenannte GDE-System funktioniere schon in allen Ministerien und in 160 öffentlichen Ämtern, und es habe beim Staat schon ca. $ 2 Mrd. gespart.

***

Die Börse von Rosario rechnet jetzt mit einer Weizenernte 2018/19 von 21 Mio. Tonnen, ein absoluter Rekord, der sich mit 17,50 Mio. Tonnen im Vorjahr und unter 10 Mio. Tonnen 2015 vergleicht. Am Schluss der Saatperiode wurden noch 140.000 ha hinzugefügt, so dass Saatfläche gegenüber dem Vorjahr um 16,39% auf 6,32 Mio. ha zunahm. Es hat dieses Jahr bisher ausreichend und zum richtigen Zeitpunkt geregnet, und außerdem ist der Weltmarktpreis in letzter Zeit stark gestiegen. Außerdem wurde intensiver gedüngt. Die Aussichten für die gesamte Ernte von Getreide und Ölsaaten steigen jetzt auf einen Superrekord von 140 Mio. Tonnen, der sich mit ca. 107 Mio. Tonnen 2017/18 vergleicht. Das würde beim Export u$s 8 bis u$s 10 Mrd. hinzufügen.

***

Die Regierung hat den Betrag der Staatsausgaben durch Beschluss 1468 des Kabinettschefs für 2018 um $ 9,68 Mrd. erhöht. Davon wurden $ 1,83 Mrd. mit Steuereinnahmen gedeckt, die über dem Plansoll lagen, und der Rest mit Verschuldung. Die Ausgabenzunahme entfällt zu $ 3 Mrd. auf den erhöhten Zinsbetrag und dann auf Zuwendungen an die Eisenbahnbetreiber und an die Flugzeugfabrik in Córdoba.

***

Kabinettschef Marcos Peña, sein Staatssekretär Mario Quintana und Arbeitsminister Jorge Triaca, trafen sich am Freitag der Vorwoche in der Residenz von Olivos mit den drei Vorsitzenden der Gewerkschaftszentrale CGT, die von mehreren Spitzengewerkschaftern begleitet wurden. Die Regierungsvertreter versicherten den Gewerkschaftern dabei die Beibehaltung des Umfanges der öffentlicher Bauten, und forderten gleichzeitig, die Konfliktivität bei den Arbeitsbeziehungen zu verringern, als Beitrag für die schnelle Überwindung der Rezession. Es gab ein Gespräch von gutem Niveau, weil sich die Gewerkschafter der Lage bewusst sind. Die Regierungsvertreter wiesen darauf hin, dass sie sich um die Verabschiedung des Gesetzesprojektes über die Schaffung einer Agentur für die Prüfung der Gesundheitstechnologie einsetze, das dem Senat vorliegt und von den Gewerkschaften befürwortet wird. Die Gewerkschafter lehnten es ab, das dies per Dekret verfügt werde.

***

Die Firma Camuzzi, die sich in Argentinien mit dem Gasvertrieb in der Provinz Buenos Aires u.a. befasst, hat das Verfahren beim Weltbankschiedsgericht ICSID ("International Center for Setlement of Investment Disputes", auf spanisch CIADI) gegen Argentinien aufgehoben. Es handelte sich um eine Forderung von u$s 337 Mio., die im Jahr 2002 eingeleitet und 2007 provisorisch aufgehoben wurde, wegen der Einfrierung des Tarifs in Pesowerten, entgegen den Bedingungen des Konzessionsvertrages. Die wohlwollende Haltung von Camuzzi beruht darauf, dass die Macri-Regierung Bedingungen für den Dienst des Unternehmens geschaffen hat, die erlauben, Kosten zu decken und eine gewisse Rentabilität zu erhalten.

***

Der Mindestlohn wurde per Dekret um 25% erhöht und beträgt dabei für einen ledigen Arbeitnehmer ohne Kinder $ 12.500. Die Erhöhung erfolgt in vier Stufen: 7% im September, 6% im Dezember, 6% im März 2019 und 6% im Juni 2019. Im Durchschnitt der 12-Monatsperiode liegt die Erhöhung somit unter 15%. Das Arbeitsministerium schätzt, dass der Mindestlohn ca. 500.000 Arbeitnehmer betrifft, die nicht in Gesamtarbeitsverträgen eingeschlossen sind.

***

Das Amt ORSNA, das die Flughäfen kontrolliert, hat verfügt, dass der Betreiber Aeropuertos Argentina 2000 (kontrolliert von Eduardo Eurnekian) von den Luftfahrtunternehmen nicht mehr die Gebühr für "Reinigung, Instandhaltung, Sicherheit und Personaltransport" erheben darf. Diese Gebühr wird nicht für einen konkreten Dienst von AA2000 erhoben, sondern weil die Fluggesellschaften ihn innerhalb des Bereiches der Flughäfen bieten.Für die Aerolineas Argentinas u.a. Gesellschaften bedeutet dies eine jährliche Ersparnis von geschätzten u$s 100 Mio.

***

Guido Sandleris, Staatssekretär für Wirtschaftspolitik und zweiter Mann im Ministerium für Schatzwesen und Finanzen, erklärte sich kategorisch gegen ein Verbot der Kapitalüberweisungen, wie es unter der Regierung von Cristina Kirchner bestand, und damals "cepo" getauft wurde (was wörtlich ein Folterinstrument aus der Kolonialzeit bezeichnet, durch das eine Person am Boden mit einem Holzklotz unbeweglich gemacht wird). Er erklärte, die Regierung glaube nicht, dass Restriktionen auf dem Devisenmarkt die bestehenden Probleme lösen würden. Er setzte sich für ein System mit Inflationszielen, schwankendem Wechselkurs und Käufen und Verkäufen der ZB je nach der Marktlage ein. Indessen besteht dieses Jahr eine hohe Kapitalflucht, die für das ganze Jahr auf weit über u$s 20 Mrd. geschätzt wird, die die argentinische Wirtschaft nicht verträgt, wobei es absurd ist, dass der Kredit des IWF schließlich eingesetzt wird, um diese Dollarkäufe von Personen, die in Argentinien wohnhaft sind, und auch von lokalen Unternehmen, zu finanzieren. Die Alternative zu einem Verbot von Dollarkäufen, der nicht für eine effektive Zahlung (Import, Zinszahlung u.s.w) eingesetzt werden, ist eine Steuer auf diese Käufe oder ein gespaltener Wechselkurs. Beides verteuert die Kapitalflucht und ist für diejenigen, die Dollar oder Euros in Argentinien anlegen wollen, von Vorteil. Laut Sandleris wird dies innerhalb der Regierung jedoch nicht einmal diskutiert.

***

Im Juli 2018 wurden 153.219 gebrauchte Kfz verkauft, 2,5% unter dem gleichen Vorjahresmonat, aber 16,8% über Juni 2018. Der Rückgang hängt direkt mit der Abnahme der Verkaufszahl bei neuen Automobilen, Kleinlastern und Lastwagen zusammen, die im Juli um 17,4% unter dem gleichen Vorjahresmonat lag. Für jedes neuen Kraftfahrzeug wurden im Juli 2018 2,29 gebrauchte verkauft, was die Verkaufskette aufzeigt, die beim Verkauf neuer Einheiten besteht. Insgesamt haben im Juli 219.967 Personen ihr Fahrzeug erneuert. Das kommt in keiner Wohlstandstatistik zum Ausdruck.

***

Im 1. Halbjahr 2018 lag der Verkauf von elektrischen Haushaltsgeräten (Fernsehgeräten, Eisschränken, Waschmaschinen u.a.) um 9,8% über dem Vorjahr. Dabei nahm der Verkauf von Fernsehgeräten um 61,5% zu, der von Eisschränken, Küchen und Waschmaschinen um 4,2%, und der von Notebooks um 9,5%. Dies berichtet die Consulting-Firma GfK. Doch die gute Konjunktur dauerte nur bis zum Mai. Im Juni ging der Umsatz allgemein stark zurück, mit Ausnahme von Fernsehgeräten (+114,7%) und Heizanlagen und Klimaanlagen (+27,3%).

***

Der Präsident von Aerolienas Argentinas, Luis Malvino, und der Geschäftsführer Abbot Reynal, haben sich mit den Leitern der sechs Gewerkschaften des Unternehmens getroffen, um über 15 Änderungen der Arbeitsbedingungen zu verhandeln, die eine höhere Produktivität erlauben und die Kosten senken. Dabei sollen bei den 12.500 Belegschaftsmitgliedern keine Entlassungen stattfinden. Es geht hier um die sogenannte "Polifunktionalität", die erlaubt, dass ein Arbeitnehmer auch für andere Tätigkeiten eingesetzt wird, als die normalen, um die Möglichkeit, dass die Mannschaft von internationalen Flügen auch für lokale eingesetzt wird (was gegenwärtig verboten ist), und um Verringerung der Auslandsaufenthalte in Hotels (in Rom werden z.B. jeden Tag 30 Übernachtungen bezahlt) u.a Themen. Das Personal soll dabei Ausbildungskurse erhalten. Angeblich können mit diesem Maßnahmenpaket u$s 100 Mio. jährlich gespart werden.

***

Durch Beschluss 519/18 des Produktionsministeriums wurde der Betrag des Jahresumsatzes erhöht, der für die Einstufung eines Unternehmens als kleines oder mittleres ("pyme") gilt. Für ein sehr kleines Unternehmen ("microempresa") gilt jetzt ein Jahresumsatz von $ 16,8 Mio. als Durchschnitt der letzten 3 Jahre, bei Kleinunternehmen einer von $ 102,2 Mio., bei mittleren Kategorie 1 einer von $ 829,9 Mio. und bei mittleren Kategorie 2 einer von $ 1.212,8 Mio. Für diese Unternehmen gelten besondere günstige Kredite, die für Großunternehmen nicht zur Verfügung stehen.

***

Die Bank der Provinz Buenos Aires (BAPRO) hat weitere 64 Supermärkte in das Rabattprogramm für Donnerstag dieser Woche und Mittwoch der nächsten eingeschlossen. Die Käufer, die mit einer BAPRO-Karte zahlen, erhalten einen Rabatt von 50%, bis zu einem Gesamtbetrag von $ 1.500 im Monat.Im Juli haben über eine halbe Million Personen davon Gebrauch gemacht. Der Preisnachlass wird zum Teil von der Bank und zum anderen Teil vom Supermarkt getragen.

***

Drei Konzerne haben Offerten für die Konzession zur Betreibung der U-Bahnen der Stadt Buenos Aires vorgelegt; 1. RATO Dew Argentina, eine Gesellschaft zwischen der Pariser Metro und der französischen Alstom. 2. Keolis S.A. (die der französischen Metro de Lyon gehört), und Helport S.A. (von Corporación América, von Eduardo Eurnekian); 3. Metrovias S.A., (von Benito Roggio Transportes S.A.), die die U-Bahn gegenwärtig betreibt, mit der Beratung von Siemens und der Deutschen Bahn. Im Oktober werden dann die wirtschaftlichen Offerten vorgelegt. Die Offerten werden von einer Kommission geprüft, die aus Vertretern der Regierung der Stadt, des nationalen Schatzministeriums, des nationalen Transportministeriums und dem Staatsunternehmen Sbase, mit Beratung von Metro de Barcelona und dem Transportfach der Universität von San Martin, besteht.

Zurück zum Inhalt Zum nächsten Artikel

Lateinamerika

Ein US-Richter des Staates Delaware hat dem kanadischen Bergbauunternehmen Crystallex erlaubt, gerichtlich gegen die Raffinerien von Citgo in den USA vorzugehen, um auf diese Weise die u$s 1,4 Mrd. zu erhalten, die das Unternehmen wegen der Enteignung ihrer Anlagen und Bergbaurechte in Venezuela erlitt. Citgo ist die Filiale der venezolanischen PDVSA, die sich in den USA mit dem Import und der Raffinierung des venezolanischen Erdöls und dem Vetrieb von Benzin u.a. Produkten befasst. Venezuela kann es sich nicht leisten, Citgo zu verlieren, dürfte jedoch auch Schwierigkeiten haben, den geforderten Betrag aufzubringen. Citgo hat drei Raffinerien, jeweils eine in Louisiana, Texas und Illinois, und ca. 10.000 Tankstellen, und die Aktiven werden auf u$s 8 Mrd. geschätzt.

***

Der Präsident von Nicaragua, Daniel Ortega, hat im Parlament eine Initiative zur Kürzung der Staatsausgaben in Höhe von u$s 235,2 Mio. eingebracht, gleich 9,2% der gesamten im Haushalt vorgesehenen Staatsausgaben. Als Begründung wurde u.a. der niedrigere Erlös der Steuereinnahmen angegeben. Die Kürzung schafft weitere Probleme in einem Land, das sich in einer tiefen Krise befindet, wobei bei der Unterdrückung von Straßenprotesten schon 448 Menschen umgekommen sind.

***

In Venezuela sind seit Ausbruch der Krise schon 2,3 Mio. Menschen ausgewandert, an erster Stelle nach Kolumbien, aber auch nach Brasilien, Ecuador und Peru, teilt die UNO mit. Auf eine Bevölkerung von 32,8 Mio. Einwohnern macht dies 7% aus. Beamte der UNO, die für humanitäre Angelegenheiten verantwortlich sind, wiesen darauf hin, dass 1,3 Mio. dieser Auswanderer unter Mangelernährung litten.

***

Venezuelas Präsident Nicolás Maduro kündigte eine drastische Erhöhung der Benzinpreise ab 20. August an, was im Rahmen einer Währungsreform geschehen soll. Benzin soll zu internationalen Preisen verkauft werden. Bisher kostete Benzin weniger als Wasser, nämlich 6 Bolivar pro Liter, wobei ein Dollar auf dem Schwarzmarkt 4 Mio. Bolivar kostete. Dieser Zustand hat auch zu einem hohen Benzinschmuggel nach Kolumbien geführt, der laut Maduro dem Land einen Schaden von u$s 18 Mrd. in einem Jahr zugefügt habe. Benzin war immer schon sehr billig in Venezuela; aber wegen der Inflation ist es absurd billig geworden, was die Regierung erst jetzt gemerkt hat.

***

Der bisherige Präsident von Paraguay, Horacio Cartes, hat am Mittwoch das Amt an seinen Nachfolger, Mario Abdo Benitez, übergeben. In 5 Jahren seiner Regierung stieg das Bruttoinlandsprodukt von u$s 38 auf u$s 45 Mrd., bei einer durchschnittlichen jährlichen Zunahme von 4,3%. Doch gleichzeitig nahm die auswärtige Staatsschuld um 138% zu, von u$s 2,30 auf u$s 6,18 Mrd., wobei die ZB-Reserven um 43,8% stiegen, von u$s 5,8 Mrd. auf u$s 8,3 Mrd. Die Staatsschuld ist somit voll mit den ZB-Reserven gedeckt.

***

Zurück zum Inhalt Zum nächsten Artikel

Geschäftsnachrichten

Disco

Diese Supermartkkette des Cencosud-Konzerns (der ausserdem die Supermärkte Jumbo, Easy und VEA betreibt) hat sein Lokal im Bezirk La Horqueta (San Isidro, Nahe der Nordautobahn), auf der Strasse Blanco Encalada 2509, mit einer Investition von $ 40 Mio. völlig erneuert. Das Lokal hat eine Fläche von 1.482 qm, und verfügt über 10 Kassen für die Kunden, plus 4 Kassen für "einfache Käufe", sowie die beste Technologie der Logistik und Kühlung des Raumes. Abgesehen von den normalen Produkten bietet das Lokal auch fertige Mahlzeiten, mit Gerichten, die jeden Tag erneuert werden. Außerdem besteht ein Dienst für Lieferung bis zur Wohnung des Kunden.

PepsiCo

Die lokale Filiale des gleichnamigen US-Unternehmens hat in der Vorwoche eine Erweiterung der Fabrik in Mar del Plata von 7.480 qm in Betrieb genommen, die zur Erzeugung von "Snacks", und süßen Keksen bestimmt ist, und eine Investition von u$s 28,7 Mio. darstellt.

Sinteplast

Diese Farbenfabrik hat eine neue Einheit geschaffen, die für die Erzeugung von Farben u.a. Produkten für die Bauwirtschaft bestimmt ist.

Edes

Dieses Stromverteilungsunternehmen des Südens der Provinz Buenos Aires hat eine Investition von $ 483 Mio. (umgerechnet zum jeweiligen Tageskurs etwa u$s 30 Mio.) in Bahía Blanca vollendet, die in zwei neuen Transformatoren von je 45 MVA besteht, die es erlauben, 30% mehr Strom zu liefern.

Roemmers

Dieses führende lokale Pharmaunternehmen hat in Paraguay zwei Firmen der Branche über ihre Tochtergesellschaft Siegfried (die Roemmers 1994 von der Schweizer Siegfried Rhein übernommen hat) gekauft: Laboratorios Almos und die Filiale der lokalen Sidus. Insgesamt betrug der Preis ca. u$s 20 Mio., hat das spezialisierte Portal Pharmabiz bekanntgegeben. Rommers besaß schon vorher 60% von Almos, die eine Fabrik in Ypané hat, 20 km von Asunción entfernt. Dort wird eine Fülle von Medikamenten hergestellt. Roemmers setzt mit diesen Käufen die Strategie der Ausdehnung der Tätigkeiten auf Lateinamerika fort, nachdem die Firma schon in Mexiko, Brasilien, Kolumbien und Venezuela tätig ist.

Aerolíneas Argentinas

Dieses Staatsunternehmen hat den Verkauf (durch Auktion) von vier Stockwerken im Gebäude "Torre Bouchard" (auf den Strassen Bouchard und Lavalle) verfügt, wo früher die Büros der Firma untergebracht waren, die jetzt auf den Flughafen Jorge Newbery der Stadt Buenos Aires verlegt wurden. Es handelt sich um 5 Stockwerke. Außerdem wird ein Grundstück im Vorort Ciudad Evita verkauft. Insgesamt erwartet das Unternehmen Einnahmen von u$s 15 Mio.

Bimbo

Diese mexikanische Brotfabrik, die sich 1995 auch in Argentinien niedergelassen hat, hat $ 600 Mio. (umgerechnet zum jeweiligen Kurs um die u$s 30 Mio.) in eine Erweiterung ihrer Fabrik in San Fernando (die sie 2016 gekauft hat) investiert, die vornehmlich für die Erzeugung von gefrorenen Baguettes bestimmt ist. Die Firma betreibt in Argentinien fünf Fabriken, davon vier in der Provinz Buenos Aires und eine in Córdoba, in die 2017 $ 70 Mio. investiert wurden. Bimbo hat das Produktionsverfahren der Fabrikation allgemein technologisch erneuert, auf der Grundlage der Technologie einer französischen Firma, wobei die mechanisierten Produktionslinien jetzt robotisiert sind, was zu einer Erhöhung der Kapazität um 30% geführt hat. Die Firma beabsichtigt jetzt, gefrorenes Brot nach Uruguay und eventuell anderen Ländern von Südamerika zu exportieren.

Zurück zum Inhalt Zum nächsten Artikel

Die schwarzen Schmiergeldzahlungen der Unternehmer

Von Juan E. Alemann

Es war gewiss kein Geheimnis, dass Unternehmer höhere Beträge an Beamte der Kirchner-Regierung zahlten, die auch die Finanzierung der Wahlkampagnen einschlossen, aber grundsätzlich Schmiergelder im Zusammenhang mit der Zuteilung öffentlicher Bauaufträge waren. Dabei stellten sie gelegentlich auch anderen Parteien Geld zur Verfügung, wie es üblich ist. All dies erfolgte fast ausschließlich im schwarzen Bereich, und das war auch vor Kirchners so. Es wurde nicht in den Bilanzen aufgeführt, und nur zum geringsten Teil handelte es sich um Beiträge, die mit persönlichen Einkommen finanziert wurden. Echte Quittungen gab es dabei nicht, sondern nur Belege, die dazu dienen, zu zeigen, dass derjenige, der mit der Zahlung beauftragt war, das Geld nicht eingesteckt hat. Und im Fall der Mittel, die dann für die Politik eingesetzt wurden, besteht auch keine Buchhaltung über die einzelnen Ausgaben. Es ist alles sehr undurchsichtig. Jetzt wurde dies aufgedeckt, die Öffentlichkeit zeigt sich schockiert, und die Presse berichtet über dies, wie wenn vorher nichts darüber bekanntgewesen wäre. Eine gigantische Heuchelei!

Nach den genauen Aufzeichnungen vom Chauffeur von Staatsekretär Roberto Baratta (zweiter Mann von Planungsminister Julio de Vido), Oscar Centeno, der außerdem zugegeben hat, dass die Kopie, die Richter Claudio Bonadío übergeben wurde, echt ist, ist die Justiz mit einem schwierigen Problem konfrontiert. Die Richter wissen genau, wie der Fall wirklich liegt, aber sie sehen sich jetzt gezwungen, so zu tun, als erführen sie erst jetzt davon. Formell handelt es sich bei den Unternehmern, die gezahlt haben, um Verbrechen, die im Strafgesetzbuch genau aufgeführt werden, und die Richter müssen in diesem Sinn handeln.

Hinzu kommt jetzt noch, dass das Amt für öffentliche Einnahmen, die AFIP, vor offenen Steuerhinterziehungen steht, und auch das Amt, das die Geldwäsche kontrolliert, auf strafbare Manöver stößt. Das Steuerstrafgesetz von 1990 sieht für diese Fälle, in denen es sich um hohe Beträge handelt, sehr hohe Bußen und eventuell auch Haftstrafen vor. Das ist unabhängig von den illegalen Zahlungen für Korruption und Politik und bezieht sich nur auf den Ursprung der schwarzen Gelder und die Tatsache, dass sie nicht angegeben wurden.

Die Heuchelei geht noch weiter: es ist allgemein bekannt, dass Néstor Kirchner ein System für die Zuteilung von öffentlichen Investitionen geschaffen hat, bei dem die Zahlung von Schmiergeldern dazu gehörte. In diesem Sinn hat N. Kirchner das Gesetz über öffentliche Bauten dahingehend geändert, dass ein Vorschuss von 20% auf den gesamten geschätzten Wert des Objektes gezahlt wurde. Vorher wurde nur der Kauf von Materialien bezahlt, die für die erste Etappe der Arbeiten notwendig waren, wobei der Kauf nachgewiesen werden musste. Beim Kirchner-System hingegen, stand das Geld den Bauunternehmen frei zur Verfügung, und in der Tat zahlten sie damit an erster Stelle die festgesetzten Schmiergelder. Die Zuteilung bei den Ausschreibungen erfolgte dabei nicht mehr gemäß der technischen Qualität und dem Preis der Angebote, sondern nur an diejenigen, die die Schmiergelder bezahlten, die somit auch den Preis entsprechend festsetzen konnten, und gelegentlich wohl auch mehr verdienten. Die Zuteilung war kartelliert (was gesetzlich auch verboten ist), und das Kartell wurde letztlich von Néstor Kirchner, nach seinem Tod von seiner Gattin, und auch von Planungsminister

Weiterlesen

Julio de Vido geleitet, zum Teil mit Mitwirkung von Carlos Wagner, Bauunternehmer und damals Präsident der Bautenkammer, der vorher schon in Patagonien tätig gewesen war und eine persönliche Beziehung zu Néstor Kirchner als Gouverneur von Santa Cruz hatte. Wie die Unternehmen diese Zahlungen steuerlich in Ordnung brachten, ist ein anderes Thema, wobei die AFIP ohnehin die Anweisung erhalten hatte, diese Schmiergeldzahlungen zu übersehen. Der damalige AFIP-Direktor Ricardo Echegaray machte hier gehorsam mit, und jetzt hat auch er ein weiteres Problem mit der Justiz.

Von den Unternehmern, die in den Centeno-Heften als Geldgeber aufgeführt werden, haben viele sich schon bereit erklärt, innerhalb des Systems über reuige Angeklagte auszusagen, und die hohen Beamten zu belasten, die die Schmiergelder gefordert und erhalten haben. Das System ist so gestaltet, dass sie praktisch gezwungen sind, in diesem Sinn zu handeln, weil ihnen sonst ab sofort eine effektive Haft droht. Sie können durch Mitwirkung an der Untersuchung einem Hafturteil schließlich kaum entgehen, aber sie können eine geringe Haftzeit erwarten, die dann effektiv nicht gilt, oder Hausarrest statt einer Haft im Gefängnis.

Für die Regierung stellt sich dabei ein Problem. Viele dieser Personen, die jetzt wegen Zahlung von Schmiergeldern vor Gericht angeklagt sind, leiten Unternehmen, die auch jetzt öffentliche Arbeiten durchführen, und in mehreren Fällen Zuteilungen für weitere Objekte erhalten haben. Wagner ist mit seiner Firma Esuco an zwei Objekten beteiligt, die mit dem PPP-System über öffentlich-private Zusammenarbeit vollzogen werden. Präsident Macri ist sich des Problems bewusst, umso mehr als sein Vetter und intimer Freund Angelo Calcaterra auch betroffen ist. Er soll die Anweisung gegeben haben, dass Personen und Unternehmen getrennt werden, und letztere dabei nicht vom Strafverfahren erfasst werden. Das ist jedoch nicht einfach, weil die Vorstände der Gesellschaften wissen mussten, was hier geschah, und somit auch eine Verantwortung für die Schmiergelder tragen. Es heißt, die Regierung arbeitet an einem Gesetzesprojekt, um das Thema zu klären und die Verantwortung der Unternehmer zu mildern, da sie faktisch unter Zwang standen, was jedoch im Strafgesetzbuch nicht berücksichtigt wird.

Innenminister Rogelio Frigerio und Transportminister Guillermo Dietrich haben schon erklärt, dass diese Korruptionsprozesse die öffentlichen Investitionsobjekte, die sich in Gang befinden oder schon zugeteilt worden sind, nicht beeinflussen werden. Das ist vorerst nur ein frommer Wunsch: denn die Entscheidungen, auf die es jetzt ankommt, hängen von den Richtern ab, die gezwungen sind, formelles Recht vor wirtschaftliche Realitäten zu stellen.

Die internationale Finanzwelt hat sofort negativ reagiert. Die Kurse argentinischer Gesellschaften, die an der Börse von New York kotieren, sind stark gefallen, und die sogenannte Landesrisikorate ist in die Höhe gesprungen. Offensichtlich wird davon ausgegangen, dass die Prozesse, in die jetzt viele Unternehmer verwickelt sind, viele davon von Bedeutung, sich auch auf die einzelnen Firmen übertragen werden und auf alle Fälle störend wirken. Ohnehin dauern Prozesse in Argentinien sehr lang, besonders in Fällen wie diesen, und das allein schafft Ungewissheit.

In Argentinien war bisher keine unmittelbare Wirkung auf die ohnehin schwache Konjunktur. Doch Investitionsvorhaben wurden vertagt, und Kredite ausländischer Banken wurden gesperrt. Was u.a. bedeutet, dass die zugeteilten PPP-Projekte der öffentlich-privaten Zusammenarbeit zunächst keine Finanzierungsmöglichkeit haben und nicht durchgeführt werden können. Schlimm! Wenn nicht sofort eine Lösung gefunden wird, was bisher nicht in Aussicht steht, wird der Skandal somit schließlich die Rezession vertiefen.

In Brasilien hat der große Korruptionsskandal, benannt “lava jato” wesentlich zur dreijährigen Rezession beigetragen. Der Odebrecht-Konzern, der über 200.000 Menschen beschäftigte, hat nur noch ein Schattendasein. Das ist nicht umsonst. Dieser Fall wirft jetzt auch einen langen Schatten auf Argentinien, da die internationale Finanzwelt davon ausgeht, dass es jetzt in Argentinien nicht viel anders als

Weiterlesen

in Brasilien sein wird. Und das hat dann die Wirkung einer selbsterfüllten Prophezeiung. Beiläufig sei bemerkt, dass auch das "mani pulite" in Italien zu einer Rezession von etwa einem Jahrzehnt geführt hat, die schließlich von Berlusconi überwunden wurde.

Die Regierung bemüht sich, den grundsätzlichen Unterschied zum "lava jato" hervorzuheben: dass der Skandal in Brasilien zunächst eine amtierende Regierung betraf (von Dilma Rouseff), während er sich in Argentinien ausschließlich auf die Kirchner-Regierung bezieht. Die Macri-Regierung ist in keinem Fall beschuldigt worden, Schmiergelder zu kassieren und Aufpreise zu verfügen. Im Gegenteil, sie hat die Preisaufschläge bei Bauobjekten, die aus der Kirchner-Zeit stammten, abgeschafft. Das mag ihr jetzt politisch zugute kommen, löst aber das wirtschaftliche Problem in keiner Weise.

Es ist unbedingt notwendig, die korrupten Beamten, die das Schmiergeld als "conditio sine qua non" für für die Zuteilung eines öffentlichen Auftrages gefordert und erhalten haben, und ihre Vorgesetzten, beginnend mit Cristina Kirchner, bei der das meiste Geld gelandet ist, von den Unternehmern zu unterscheiden, die sich dem korrupten Kirchner-System fügten und zahlten, um weiter an öffentlichen Investitionsobjekten beteiligt sein zu können und ihre Unternehmen nicht schließen zu müssen. Damit jetzt keine tiefere und lang dauernde Störung der Wirtschaft entsteht, die gewiss nicht wünschenswert ist und der Gesellschaft allgemein unerwünschte Wohlstandkosten auferlegt, muss kurzfristig eine pragmatische juristische Lösung gefunden werden, die einmal die Verantwortung der Unternehmer beschränkt und von der der Regierungsmitglieder der Kirchner-Periode klar differenziert, und dann verhindert, dass die Unternehmen als solche betroffen und bei ihrer Tätigkeit und Entwicklung behindert werden. Wie so etwas konkret gefasst wird, ist ein Thema für erfahrene und weise Juristen, von denen es auch in Argentinien viele gibt. Doch die Lösung erfordert schließlich auch eine mutige politische Entscheidung des Präsidenten, der sich auch bemühen muss, dass die Opposition, also konkret der nicht cristinistische Peronismus, ihn dabei unterstützt.

Zurück zum Inhalt Zum nächsten Artikel

Das Problem der Lebac-Wechsel der ZB

Von Juan E. Alemann

Die Zentralbank hat 2002, unter Mario Blejer als Präsident, der ein bedeutender, international anerkannter und sehr vernünftiger Ökonom ist, die Wechsel Lebac (Letras del Banco Central) als Mittel der Regulierung der Geldschöpfung eingeführt. In Zuge der finanziellen Megakrise, die Ende 2001 ausgebrochen war, war auch ein monetäres Problem entstanden, das zwecks Vermeidung der Hyperinflation, die damals drohte, gelöst werden musste.

Der Betrag der Lebac war am Anfang unbedeutend, so dass dies keine Aufmerksamkeit weckte. Viele Jahre später begann die ZB dann, zunehmend höhere Beträge von Lebac auf dem Markt unterzubringen. Unter ZB-Präsident Federico Sturzenegger, der im Dezember 2015 mit der Macri-Regierung antrat, stieg der Betrag gewaltig, bis auf $ 1,2 Bio., was Mitte dieses Jahres etwa u$s 60 Mrd. darstellte, also weit mehr als die Devisenreserven der ZB. Die ZB bemühte sich damals, die monetäre Expansion in Grenzen zu halten, mit einer jährlichen Zunahmerate der monetären Basis (Banknoten im Umlauf plus Bankdepositen bei der ZB) zwischen 25% und 30%, die die Inflation passiv begleitete und die Wirtschaft ausreichend mit Liquidität versorgte. Der Vorstand der ZB, und auch die verschiedenen Wirtschaftler in der Regierung, und wohl auch Präsident Mauricio Macri, mussten wissen, dass diese Blase gelegentlich platzen würde, und zwar mit einer gigantischen Explosion. Die Diskussion, ob es eine Alternative gab, ist jetzt abwegig. Denn im Grunde bestand diese in einer drastischen Senkung des Defizits der Staatsfinanzen und einer entsprechend geringeren Aufnahme von Auslandskrediten, die dann in Pesos umgewandelt wurden, die die ZB mit den Lebac neutralisieren musste.

Diese Defizitverringerung befindet sich seit dem Abkommen mit dem Internationalen Währungsfonds in Gang, und sie macht auch eine Verringerung des Bestandes der Lebac möglich, der in der Vorwoche schon auf $ 976,77 Mrd. gefallen war, und jetzt auf leicht über $ 650 Mrd. gesunken ist, was ca. u$s 21 Mrd. ausmacht, also etwa ein Drittel des Bestandes, der vor wenigen Monaten bestand. Das ist ein großer Fortschritt. Abgesehen von der nominellen Verringerung des Bestandes, hat die Inflation auch den Lebac-Bestand verwässert, so dass er in Dollar viel stärker zurückgegangen ist. Der Inflationssprung von über 60% in diesem Jahr kam in dieser Beziehung sehr gelegen.

Letzte Woche verfielen Lebac für $ 520 Mrd., und es wurde ein Betrag von nur $ 230 Mrd. für neue Lebac angeboten, von dem schließlich Offerten für $ 213,67 Mrd. angenommen wurden. Von den Lebac, die nicht von den Banken gehalten wurden, die $ 330 Mrd. ausmachten, wurde somit 65% erneuert, während die Banken auf Anweisung der ZB keine neuen Lebac zeichneten, und zunächst einen Leliq-Bonds des Schatzamtes auf 7 Tage erhielten, der zu 45% verzinst wird. Das war jedoch nur eine Übergangslösung. Für 35 und 63 Tage wurde bei den neuen Lebac ein Zinssatz von 45% gezahlt, und für 98 Tage einer von 42,75%. Auf dem sekundären Markt lagen die Zinsen für Lebac u.a Papiere um die 50%.

Der IWF hat im Abkommen diesem Thema besonderes Bedeutung beigemessen. Die Lebac sind für die Wirtschaft ein Störungsfaktor erster Ordnung, weil die ständige Erneuerung derselben die ZB zwingt, den Zinssatz anormal hoch zu halten. Das hat eine große rezessive Breitenwirkung, wobei jedoch bemerkt werden muss, dass der Zinssatz für persönliche Kredite, die über Kreditkarten gewährt werden, ohnehin schon höher war.

Weiterlesen

Und der Kredit, den die Finanzanstalten gewähren, die eigene Mittel ausleihen und somit nicht der ZB unterstehen, mit dem sich vornehmlich Kleinunternehmen finanzieren, lag schon vorher um die 100%. Meistens werden dabei vordatierte Schecks diskontiert (die unter Cavallo als Wirtschaftsminister eingeführt wurden), wobei viele Kleinunternehmer sich nicht einmal bewusst sind, wie hoch der effektive Jahreszinssatz ist, den sie zahlen. Diese Kredite gehören in die Kategorie des Wuchers, und waren in früheren Zeiten verboten. Beiläufig sei bemerkt, dass die Regierung unlängst die Gewährung von Krediten über Scheckdiskonte bei Banken gefördert hat, um zu versuchen, den Kleinunternehmen eine Alternative zu geben und ihre Stellung gegenüber den Wucherern zu stärken.

Die hohen Zinsen setzen eine ebenfalls hohe Inflation voraus. Wenn die Inflation über 35% jährlich liegt, dann ist ein Zinssatz von 45% tragbar. Doch wenn die Inflation auf 20% zurückgeht, dann verbleibt ein realer Zinssatz von 25%, und der ist für die Wirtschaft verheerend. Und wenn die Inflation über 45% steigt, dann erleiden die Lebac-Inhaber einen Verlust und erneuern ihre Anlage somit nicht. Da der größte Teil des Bestandes kurzfristig ist, tritt dies sofort ein. Es ist eine wirklich verrückte Lage, die nur überwunden werden kann, wenn die Sparer auf Dollartitel oder indexierte Anlagen übergehen. Das wird jedoch in Argentinien nur halbwegs verstanden, merkwürdigerweise auch von vielen Fachwirtschaftlern nicht. Das ganze Kreditsystem sollte auf Dollar oder Indexierung übergehen. Wenn die Inflation gelegentlich abnimmt, dann sinkt auch die Abwertungsrate und die Indexierung geht zurück.

Die Strategie, die die Regierung jetzt befolgt, um den Lebac-Bestand abzubauen, besteht darin, Schatzscheine (Letes) in Dollar auszugeben. Es wird davon ausgegangen, dass die Inhaber von Lebac, wenn sie das Geld zurück erhalten (weil sie die Zinsen als zu niedrig empfinden oder Inflationsgefahr wittern) Dollar kaufen, so dass sie durch Staatspapiere mit einer angemessenen Dollarverzinsung angezogen werden. Nachdem es gelungen war, Schatzscheine zu Sätzen unter 4% unterzubringen, wollte ZB-Präsident Luis Caputo einen Betrag von u$s 4 bis u$s 5 Mrd. unterbringen. Doch die Krise, die am Freitag der Vorwoche auf dem Devisenmarkt ausbrach, nachdem der Korruptionsskandal mit den Centeno-Heften geplatzt war, die sofort zu einem Sprung des Wechselkurses auf über $ 30 führte, machte Caputo einen Strich durch die Rechnung. Der internationale Kreditmarkt war plötzlich für Argentinien gesperrt. Jetzt will die ZB für den Kauf von Lebac zunächst einen Teil der Mittel abzweigen, die ihm der IWF zur Verfügung stellt. Und wenn wieder Ruhe eintritt, dann sollen weitere Ausgaben von Dollar-Letes hinzukommen oder den IWF-Kredit ersetzen.

Wir haben an dieser Stelle eine bessere Lösung vorgeschlagen. Nachdem laut der Schätzung der Federal Reserve der USA in Argentinien ca. u$s 50 Mrd. an Dollarnoten in Bankfächern oder einfach zu Hause gehalten werden, sollte versucht werden, die Inhaber dieser Dollars zu bewegen, Staatstitel in Dollar zu zeichnen, bei denen sie einen Zinssatz von etwa 4% erhalten. Gegenüber der Nullverzinsung der Barbestände sollte das interessant sein. Indessen handelt es sich bei diesen Dollar vornehmlich um schwarzes Vermögen, so dass die Inhaber mit der Zeichnung von Staatstiteln Fingerabdrücke hinterlassen und gelegentlich Schwierigkeiten mit der AFIP haben könnten. Deshalb ist es unerlässlich, dass die Zeichnung dieser Schatzscheine in Dollar gleichzeitig eine Weißwaschung darstellt, wobei dies auch erlaubt, diese Titel auf drei und mehr Jahre auszustellen. Die Weißwaschung muss sehr kategorisch sein, und nicht wie bei der letzten, bei der das Steueramt diejenigen, die Vermögen legalisiert haben, unter die Lupe nimmt, weil vermutet wird, dass weiter schwarz gewirtschaftet wird. Dieses Vorgehen der AFIP ist ein großer Fehler, und sollte sofort unterlassen werden. Denn ein Land wie Argentinien, mit einer so großen Schwarzwirtschaft, muss periodisch die Möglichkeit einer problemlosen Weißwaschung bieten, die sozusagen zum System gehört.

Zurück zum Inhalt